Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 16. Januar 1926
Sonnabend Morgen

Chefredakteur Dr Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstrasse 30—32 Fernsprecher: Amt Hasenheide 5979—5990 Postscheck Berlin Nr 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatlicher Bezugspreis 4.35 R M in Berlin durch Boten

Mit den Beilagen:
Welt und Wert * Kraft und Stoff
Wirtschaft und Recht
Weltverkehr * DAZ im Bilde.

Rank Conto: Darmstädter und Nationalbank Depositenkasse Berlin SW 68, Friedrich-strasse 46. Bei unverschuldeter Nichtlieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R.-M. je 33 mm Grundzeile. Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif

65. Jahrgang
Nr. 25
16. 1. m

Koch oder Curtius?

Der weite Weg zur Regierung

Reichskanzler Dr. Luther hat seine Verhandlungen mit den Parteien trotz mehrfacher Unterbrechungen auch gestern nicht zu einem Abschluß führen können; sie sollen heute vormittag 10 Uhr fortgesetzt werden. Dr. Luther begab sich gestern abend wieder zur Berichterstattung zum Reichspräsidenten.

Die Schwierigkeiten betreffen unentwegt die Personenfragen, und zwar in erster Linie die Besetzung des Reichsinnenministeriums. Dieser Posten wird sowohl von Demokraten wie von Deutscher Volkspartei beansprucht. Koch und Dr. Curtius stehen sich als Anwärter gegenüber. Ein Ausgleich hat sich bisher nicht finden lassen; immerhin zeigten sich gestern abend Ansätzen einer Annäherung. Ob die Demokraten diese Frage als conditio sine qua non erklären, wird in parlamentarischen Kreisen mit der Möglichkeit gerechnet, daß die Demokraten sich andernfalls völlig von der Regierungsbildung zurückziehen. Auch sonst bestehen noch Schwierigkeiten. Zwar hat sich Dr. Marx bereiterklärt, das Justizministerium zu übernehmen. Aber eine Reihe von Posten ist noch unbesetzt. Auch das Problem Reichswehrministerium ist noch ungeklärt, da einerseits die Versuche, Dr. Geßler zum Bleiben zu bewegen, bisher noch keinen vollen Erfolg gezeitigt haben, und da andererseits kein Nachfolger zu finden ist. Dr. Luther hat den Vorschlag, dieses Ressort einstweilen mitzuverwalten, abgelehnt. Die besonders vom Reichspräsidenten ausgehenden Bemühungen, Dr. Geßler im Amt zu halten, werden heute fortgesetzt werden. Der Reichswehrminister wird heute eine Besprechung mit dem demokratischen Parteiführer Koch haben. Erst hiernach dürfte seine endgültige Entscheidung fallen.

Auf deutschnationaler Seite hat die Vorstellung, daß dem neuen Kabinett womöglich die Herren Koch und Marx angehören könnten, lebhafte Besorgnisse erweckt. Man erblickt hierin eine sehr starke Bindung nach links, obwohl man die Lage keineswegs als hoffnungslos ansieht, obenrein mit den Parteien zu keinem Uebereinkommen gelangen sollte, rechnet man in parlamentarischen Kreisen damit, daß er den Versuch einer Kabinettsbildung mit parteipolitischer Bindung unterlassen, und an die Parteien mit einem fertigen Vorschlag auf neuer Basis herantritt.

★

Ueber die Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses ist erfahren wir noch, daß die Deutschnationalen zu der Entschließung gegen die hohen Besatzungslasten einen Zusatzantrag des Inhalts gestellt hatten: Der Antrag auf Eintritt in den Völkerbund müsse nicht gestellt werden, bevor ein befriedigendes Ergebnis erzielt ist und bevor die Abkürzung der Besatzungsfristen für die zweite und dritte Zone und der Abstimmungsfrist für das Saargebiet sichergestellt ist. Dieser Zusatzantrag wurde abgelehnt, da ja in der sachlichen auch von den Deutschnationalen angenommenen) von Dr. Stresemann bestimmten volksparteilichen Entschließung der Hinweis auf die Völkerbundsfrage enthalten und der Zusammenhang zwischen dem deutschen Eintrittsgesuch und einer befriedigenden Regelung der Besatzungsverhandlungen deutlich erkennbar ist.

Elektrifizierung Englands.

Großzügige Pläne der Regierung zur Behebung der Krise.

sx. **London**, 15. 1. (Eigenbericht.)

Bei einem Empfang in Birmingham teilte Baldwin heute Einzelheiten über die von der Regierung geplante großzügige Elektrizitätsversorgung des ganzen Landes mit. Während der Stromverbrauch in Kanada heute etwa 900 Einheiten pro Kopf der Bevölkerung beträgt und in den Vereinigten Staaten 500 bis 600 Einheiten, stellt sich der Verbrauch in England nur auf 200 Einheiten. Das augenblickliche System der englischen Elektrizitätsversorgung ist

völlig desorganisiert.

Es bestehen zurzeit nicht weniger als 541 größere und kleinste Kraftstationen. Die Hälfte des ganzen Stromverbrauchs wird von 12 größeren Stationen geliefert, woraus schon hervorgeht, daß die übrigen rund 500 Stationen eine ganz unzulängliche und vielfach unrentable Organisation haben. Die Stromkosten sind bei diesem System außerordentlich verschieden und schwanken zwischen einem halben Penny und 11 Pence pro Einheit. In vielen Bezirken ist der Strom entweder überhaupt nicht zu haben oder so teuer, daß er für die Industrie nicht mehr rentabel ist. Die Regierung will durch ihren bereits gemeldeten Gesetzentwurf

die ganze Stromversorgung vereinheitlichen.

An die Spitze der neuen Organisation tritt ein Elektrizitätsversorgungsamt, dessen Mitglieder jedoch nicht Beamte, sondern Vertreter der privaten Elektrizitätsunternehmungen sein sollen. Das Amt erhält jedoch den Charakter einer Behörde mit weitreichenden Vollmachten. Wenn auch zunächst versucht werden soll, selbst die kleinsten Betriebe durch privatrechtliche Verträge in das neue System einzugliedern, so ist doch vorgesehen, daß die neue Behörde auch mit Enteignungen und zwangsweisen Zusammenlegungen vorgehen kann. Die bestehenden Gesellschaften sollen unter ihrer bisherigen Leitung selbständig weiter arbeiten, jedoch werden auch sie an das geplante Ueberlandnetz angeschlossen. Das Kapital soll von Privatleuten aufgebracht werden. Die Regierung wird

keine Kredite zur Verfügung stellen, aber keine Subsidien zahlen. Um jedoch der privaten Initiative einen Anreiz zur Beteiligung zu geben, wird die Regierung eine Rentabilitätsgarantie übernehmen. Baldwin glaubt jedoch, daß diese Garantie kaum in Anspruch genommen werden wird, da das neue System eine erhebliche Stromverbilligung mit sich bringen wird, so daß die Nachfrage nach elektrischem Strom steigen und die industrielle Tätigkeit im ganzen Lande sich heben wird.

Damit würde gleichzeitig die

Arbeitslosigkeit abnehmen,

denn natürlich auch mit der Elektrifizierung allein das Allheilmittel zur Beseitigung der Wirtschaftskrise noch nicht gefunden sei. Baldwin rechnet damit, daß der Stromverbrauch innerhalb der nächsten fünf Jahre auf das Zwei- bis Dreifache gesteigert wird. Die Basis der Stromerzeugung ist in erster Linie die Kohle, während die Wasserkräfte wenigst in Frage kommen, so daß sich auch für die Kohlenindustrie die Lage besser wurde.

Das Schicksal der Steuervorlage.

Der neue Konflikt zwischen Kommission und Kabinett.

a. **Paris**, 15. 1. (Eigenbericht.)

Die Verhandlungen über die neue Steuervorlage haben abermals, wie bereits kurz gemeldet, zu einem Konflikt zwischen der Regierung und der Finanzkommission geführt, in der die Kartellparteien die Mehrheit haben. Zum Unterschied zu früheren Fällen wird der Konflikt jedoch diesmal vor die Kammer kommen, die also die Entscheidung zwischen den beiden Parteien zu fällen haben wird. Die Debatte, die voraussichtlich morgen beginnen dürfte, wird nicht nur für die finanziellen Probleme, sondern darüber hinaus

für die ganze innerpolitische Entwicklung Frankreichs

von weittragender Bedeutung sein. Zum Verständnis der parlamentarischen Lage, wie sie sich bei dieser Debatte darstellt, muß daran erinnert werden, daß die Kommission nicht mit einem fertigen Gesetzentwurf vor die Kammer treten kann. Sie kann lediglich die beiden vorliegenden Projekte, das Regierungsprojekt und das Projekt der Linksparteien, dem Urteil des Hauses unterbreiten und einen Beschluß zugunsten des einen oder des anderen Planes beantragen. Voraussichtlich wird dieser Antrag dahin lauten, daß die Kammer die Regierung auffordern möge, die Politik mit den Anschauungen der Kommission in Uebereinstimmung zu bringen, oder aber die Kommission aufzufordern, ihre Beratungen zur Ausarbeitung eines eigenen Projekts fortzusetzen. Die Annahme, insbesondere dieser beiden Anträge würde natürlich eine Verwerfung des Regierungsplanes bedeuten.

Die Stellung der Regierung ist angesichts dieser Sachlage durchaus nicht ungünstig. Es wird für Herrn Briand nicht übermäßig schwer sein, die Debatte so zu führen, daß zunächst das

Gegenprojekt der Linksparteien zur Abstimmung

kommt, und es ist sehr unwahrscheinlich, daß sich hierfür eine Mehrheit zusammenfindet. Allerdings wird dabei viel von der Haltung der Kommunisten abhängen, und es verdient Aufmerksamkeit, daß die kommunistischen Vertreter in der Kommission gestern zum ersten Male mit den Sozialisten und Radikalen gestimmt haben. Daß die Regierung einem sehr schweren Kampfe entgegengeht, ist unzweifelhaft. Aber das Vertrauen Briands, der schon schwerere parlamentarische Stürme überstanden hat, ist in politischen Kreisen unerschüttert.

Sollte das Kabinett gleichwohl in die Minderheit geraten, so dürfen abgesehen von der Demission zwei Möglichkeiten übrig: eine Intervention im Senat oder die Auflösung.

Ueber den

sachlichen Inhalt

der beiden Hauptprojekte ist wiederholt berichtet worden. In Ergänzung der bisherigen Nachrichten über den Inhalt des Gegenprojektes der drei Linksparteien wird jetzt noch bekannt, daß dieser Plan auch eine tiefgreifende Umstellung der Erbschaftssteuer vorsieht, und zwar in der Weise, daß der Ertrag der Erbschaftssteuer, der gegenwärtig 1,5 Milliarden beträgt, auf 3 Milliarden gebracht werden.

Von politischen Seiten sind Versuche im Gange, in bezug auf die Umlagesteuer, die bekanntlich den Kernpunkt des ganzen Projektes bildet, eine befriedigende Formel zu finden. So liegt ein Antrag von radikaler Seite vor, wonach die von der Regierung vorgesehene Erhöhung dieser Steuer nur bis Ende dieses Jahres Geltung haben soll.

Kommt Moskau nach Genf?

Die angelsächsischen Abrüstungsdelegationen.

sch. **Genf**, 13. 1. (Eigenbericht.)

Je näher der Zeitpunkt für den Zusammentritt der vorbereitenden Abrüstungskommission heranrückt, desto komplizierter wird die Lösung der Frage. Zu den Meinungsverschiedenheiten, die sich zwischen den Großmächten über die Grundsätze der Abrüstung gebildet haben, tritt die Schwierigkeit, die Russlands Verhältnis zur Schweiz zurzeit bereitet. Eigentlich sollten die Sitze der drei Mächte, die Russlands Verhältnis zur Schweiz unrecht